



Verlag und Redaktion in Ludwigshafen/Rhein, Amtsstraße 7 (Presshaus), Tel. 6 20 68 / 6 34 21 / 6 33 31; Geschäftsstellen und Redaktionen Neustadt an der Weinstraße: Kellereistraße 12/16, Tel. 73 61-64; Landau: Königstraße 50, Tel. 25 02 und 22 55; Bad Bergzabern: Marktstraße 1, Tel. 2 60; Gernersheim: Marktstraße 22, Tel. 4 63; Speyer: Wormser Straße 47, Tel. 26 53; Frankenthal: Bahnhofstraße 26, Tel. 21 80; Grünstadt: Hauptstraße 19, Tel. 23 33;

Kirchheimbolanden: Schloßstraße 8, Tel. 2 33; Bad Dürkheim: Römerplatz 2, Tel. 5 50; — Hauptgeschäftsstelle und Redaktion i. d. Westpfalz: Kaiserslautern, Pariser Straße 14/16; Tel. 26 21/24, 6 62 16; Geschäftsstellen u. Redaktionen: Pirmasens: Ecke Haupt- und Bahnhofstraße, Tel. 21 00 und 25 01; Zweibrücken: Hauptstraße 43, Tel. 32 00; Kusel: Bahnhofstr. 25, Tel. 23 47 u. 27 61; Rockenhausen: Gutenbrunnenstr. 1, Tel. 2 43; Landstuhl: Hauptstr. 27, Tel. 25 11.

Jahrgang 21, Nr. 32 *

Montag, 8. Februar 1965

Einzelpreis 30 Pf / Frankr. 0,40 FF

Vietnam wird zum Pulverfaß

US-Vergeltungsschlag nach Vietcong-Überfall — Johnson ordnet Zivilevakuierung und Militärverstärkung an

Saigon/Washington (AP). Die Vereinigten Staaten und Südvietnam haben am Sonntag neue Angriffe kommunistischer Vietcong-Rebellen auf amerikanische Einrichtungen in Südvietnam mit einem „begrenzten Vergeltungsschlag“ gegen Nordvietnam beantwortet. In einer gemeinsamen Aktion griffen amerikanische und südvietnamesische Luftstreitkräfte Kasernen und Bereitstellungsplätze im Südteil von Nordvietnam an. Präsident Johnson hat am Sonntagabend den Abzug der Angehörigen des in Südvietnam stationierten amerikanischen Militärpersonals angeordnet.

Johnson ordnete gleichzeitig die Verlegung eines Luftabwehr-Bataillons mit HWK-Raketen nach Südvietnam an und kündigte an, daß „weitere Verstärkungen oder Einheiten und Einzelpersonen folgen können“ In der Anordnung des Präsidenten heißt es: „Es ist klar geworden, daß Hanoi eine aggressivere Handlungsweise gegenüber Amerikanern eingeschlagen hat, die in Südvietnam sind, um den Bewohnern ihres Landes bei der Verteidigung ihrer Freiheit zu helfen. Wir haben jetzt keine andere Wahl als „klar Schiff“ zu machen und unsere fortdauernde Entschlossenheit, Südvietnam in seinem Kampf um die Erhaltung seiner Unabhängigkeit zu unterstützen, absolut klar zu machen.“ Johnson teilte in der von Pressesekretär George Reedy verlesenen Erklärung mit, daß er seine Anordnung nach Beratungen mit dem Nationalen Sicherheitsrat getroffen habe.

In der nordvietnamesischen Hauptstadt Hanoi hält sich zur Zeit der sowjetische Ministerpräsident Alexei Kossygin auf, der die USA am Sonntagvormittag, offenbar vor dem Vergeltungsschlag, vor allen provokatorischen kriegsrischen Maßnahmen gegen Nordvietnam gewarnt hatte. Die Sowjetunion werde nicht tatenlos zusehen, sagte er, wenn die Souveränität eines sozialistischen Bruderstaates angetastet werden sollte.

In Washington begründete der Sprecher des Weißen Hauses, George Reedy den Vergeltungsschlag mit der zunehmenden Aktivität der aus Nordvietnam gesteuerten und versorgten Rebellen. Ausgelöst worden sei die gemeinsame Aktion durch mehrere in der Nacht zum Sonntag unternommene Angriffe der Kommunisten gegen militärische Einrichtungen, Tanklager, Städte und Dörfer in Südvietnam.

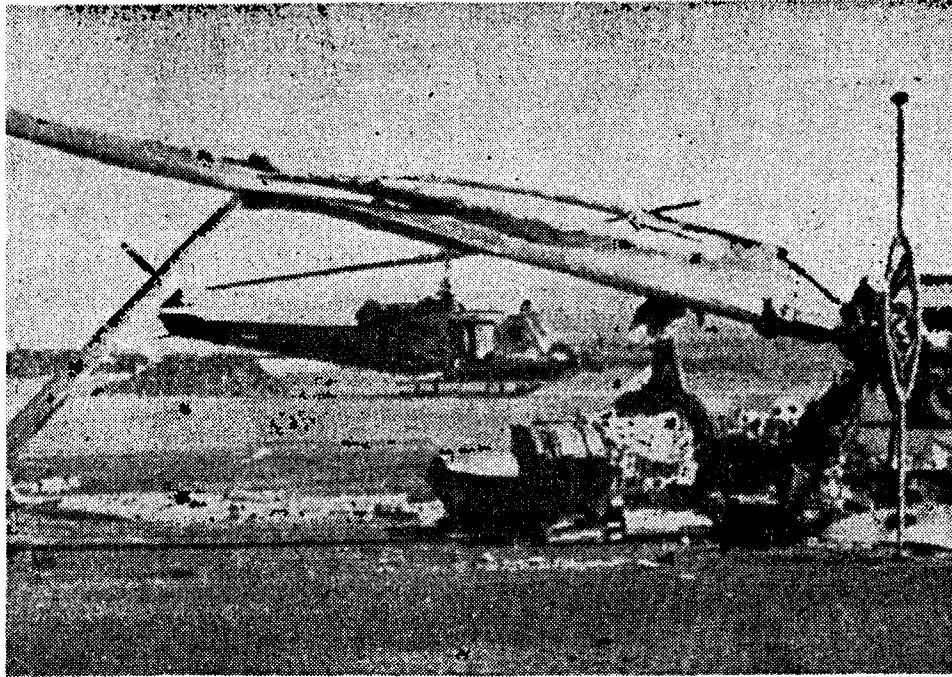
Bei diesen Angriffen waren auf einem Feldflughafen und einer Kaserne bei Pleiku, 240 km nördlich von Saigon, sieben Amerikaner gefallen und 109 verletzt worden. Durch Granatwerferfeuer der Vietcong wurden 18 Flugzeuge und Hubschrauber zerstört oder beschädigt. Ein weiterer Angriff richtete sich gegen ein Treibstofflager nahe der Hafencity Tuy Hoa. Dort gingen etwa 330 Fässer mit Benzin und Öl in Flammen auf.

Pressesekretär Reedy teilte mit, der Vergeltungsschlag gegen Nordvietnam sei sorgfältig auf solche militärische Gebiete begrenzt worden, in denen Vietcong-Rebellen ausgebildet und von wo aus sie nach Südvietnam eingeschleust, gesteuert und mit Nachschub versorgt würden. Die amerikanische Regierung habe wiederholt erklärt, daß sie keine

Ausweitung des Krieges anstrebe. Ob dieser Kurs beibehalten werden könne, hänge von den nordvietnamesischen Aggressoren ab. Inoffizielle Kreise in Saigon erklärten, daß zu den Zielen des Vergeltungsschlags auch der Militärflughafen von Hanoi gehört habe. Eine Bestätigung dafür war nicht zu erhalten.

Johnson stimmte zu
Reedy bestätigte, daß die Vereinigten Staaten und Südvietnam sich über den Gegenschlag geeinigt hätten. Die Zustimmung Präsident Johnsons sei erfolgt, nachdem der Nationale Amerikanische Sicherheitsrat die geplante Operation in der Nacht zum Sonntag erörtert und sie empfohlen hatte.

Präsident Johnsons außenpolitischer Berater, McGeorge Bundy ist am Sonntag von Saigon in die USA abgefliegen. Nach Angaben eines Sprechers der US-Botschaft wurde Bundy — nach dem Angriff in Pleiku — von Washington in die Vereinigten Staaten zurückbeordert. (Siehe auch Bericht auf Seite 2: Schattenhafte Gestalten um 2 Uhr früh).



So sah es nach dem Vietkong-Überfall auf dem Landplatz eines US-Militärlagers bei Pleiku in Südvietnam am Sonntagmorgen aus. 18 Flugzeuge und Hubschrauber wurden durch Granatwerferfeuer zerstört. (Bild: AP-Photofax)

Schwarz rechnet mit Preissteigerungen

Bei Rindfleisch, Brot und Käse — Hausfrauen sollen auf Eier und Geflügel ausweichen

Bonn (UPI/AP). Bundesernährungsminister Werner Schwarz rechnet in den kommenden Monaten mit steigenden Preisen bei Rindfleisch, Brot und Käse. Als Gründe hierfür nannte Schwarz am Sonntag in einem Rundfunkinterview (Deutschlandfunk) unter anderem die Verknappung des Rindfleischangebotes und den Fortfall der Mehlsubventionen. Der Minister empfahl den Verbrauchern, bei steigenden Rindfleischpreisen auf verstärkten Eier- und Geflügelkonsum auszuweichen.

Zur Zeit liegt das in der inländische Angebot an schlachtreifen Hähnchen mehr als 25 Prozent über dem Angebot der Vorjahresvergleichtszeit. Im vergangenen Jahr mußten für ein Kilogramm Brathähnchen durchschnittlich 5,35 DM vom Verbraucher gezahlt werden. Nach Auskunft der zentralen Markt- und Preisberichtsstelle in Bad Godesberg haben in der vergangenen Woche zahlreiche Einzelhändler den Kilogrammpreis bereits unter 4,— DM gesenkt. Marktfachleute rechnen damit, daß die Verbraucherpreise infolge des großen Angebotes in den kommenden Wochen noch weiter fallen.

Auch bei Schweinefleisch, dessen Kilogrammpreis in der vergangenen Woche durchschnittlich bei 8,10 DM für Koteletts lag, sagte Minister Schwarz für die kommenden Wochen sinkende Verbraucherpreise voraus. Der Erzeugerpreis für Schweinefleisch ist nach Auskunft der Bad Godesberger Stelle von Anfang Januar bis Ende vergangener Woche bereits um 24,— DM je 100 Kilogramm Lebendgewicht gefallen. Für den Obst- und Gemüsemarkt sei eine ausreichende Versorgung sichergestellt, meinte Schwarz. Außerdem stehe ein Überbestand an Konserven zur Verfügung. Da nunmehr die Mehlsubventionen für Qualitätsweizen fortfallen und damit die Unkosten bei den Mühlen und bei den Bäckern

steigen würden, sei möglicherweise auch mit Preiserhöhungen bei Brot zu rechnen.

„Mit Betrübniß“ stellte der Minister schließlich fest, daß die neuen EWG-Markierungen den Agrarhandel mit Polen und Ungarn eingeeengt hätten. Er versicherte jedoch, die Bundesregierung werde alles daran setzen, um für eine Verbesserung des Agrarhandels mit diesen Ländern zu sorgen.

Erfolg für deutsche Bauern

Berlin (DPA). Nach zehntägiger Dauer endete am Sonntagabend auf dem Berliner Messegelände die diesjährige „Internationale Grüne Woche“. Das wirtschaftliche Ergebnis wird als gut bezeichnet. Auffällig war die Leistungssteigerung der deutschen Landwirtschaft. Sie zeigte, daß sie in dem immer schärfer werdenden Wettbewerb auf Europas Agrarfachmärkten bestehen kann.

Beitz: Krupp trägt Risiko

Verträge sollen Unternehmungen in Polen absichern

Hamburg (UPI). Die Firma Fried. Krupp, Essen, wird allein das Risiko bei der Errichtung von Produktionsbetrieben in Polen tragen. Der Generalbevollmächtigte des Unternehmens, Berthold Beitz, gab diese Versicherung in einem Interview mit einer in Hamburg erscheinenden Sonntagszeitung ab.

Beitz antwortete auf die Frage, welche Garantien er gebe, daß nicht später alles wieder enteignet werde: „Wir schließen ja Verträge über die Unternehmungen ab, darin müssen wir uns absichern.“ Er fügte hinzu: „Ich habe dem Auswärtigen Amt darüber berichtet, dabei wurden keine Bedenken ausgesprochen.“ Auch Bundeskanzler Ludwig Erhard sei informiert worden und habe ebenfalls keine Bedenken geltend gemacht. Darüber hinaus könne der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, Einzelheiten der Krupp-Pläne, und selbst die Landmannschaften hätten keine Opposition gezeigt.

Über die Art der in Polen zu errichtenden Betriebe sagte Beitz: „Wir sind uns mit Polen einig, daß nur verarbeitende Betriebe gebaut werden, keine Grundindustrien. Wir wollen ja Arbeitsplätze schaffen — und produzieren, was uns in Deutschland wegen des Arbeiter-

Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie stand gleichfalls im Zeichen des zunehmenden Wettbewerbs um den „König Verbraucher“.

Tschou En-lai wurde grob

Tokio (UPI). Der chinesische Ministerpräsident Tschou En-lai soll den sowjetischen Vorschlag, am 1. März ein Vorbereitungstreffen für die kommunistische Weltkonferenz abzuhalten, grob zurückgewiesen haben. Dies meldete der Korrespondent der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo am Sonntag aus Peking. Der sowjetische Ministerpräsident Alexei Kossygin soll dem chinesischen Ministerpräsidenten den Vorschlag während seines 24stündigen Aufenthaltes in Peking unterbreitet haben. Der japanische Korrespondent gab „chinesische Kreise“ als Quelle für seine Informationen an.

Beitz: Krupp trägt Risiko

Die Währungen jedoch in einem festen Verhältnis zum Gold stehen, dann kommt dem Goldpreis eine zentrale Bedeutung zu. Frankreich hat vor einiger Zeit die Konsequenzen daraus gezogen, als es begann, seine Dollarkonten systematisch in Gold umzuwandeln. Insofern unterstreicht jetzt die Gaulle das Vorgehen seiner Notenbank. Würde der Dollar abgewertet — wogegen sich Amerika mit allen Mitteln und zu Recht sträubt —, dann hätte Frankreich einen entsprechenden Aufwertungsgewinn für seine Goldbestände erzielt.

Solange die westliche Welt bei einem von Jahr zu Jahr steigenden Handelsaustausch auf immer größere Geldmengen angewiesen ist, um den Warenverkehr finanziell abwickeln zu können, solange können Dollar und Pfund als Leitwährungen nicht entbehrlich werden, die Goldproduktion der westlichen Welt ist einfach zu klein. Man könnte sich zwar vorstellen, daß neben Dollar und Pfund noch andere Währungen treten, um als Reserve gehalten zu werden, jedoch ergeben sich dafür dieselben Schwierigkeiten wie bisher. Der französische Franc bietet sich auch nicht alleine an, seine Stabilität ist ebenso wenig garantiert wie die zum Beispiel des Pfundes. Würde nur Gold zum Ausgleich im internationalen Zahlungsverkehr eingesetzt, wie de Gaulle vorschlug, so müßte dies zu einer weltweiten Deflation führen, was eine Schrumpfung des Welt-

Gold statt Dollar?

Von Rolf Haug

Die Vorschläge von Staatspräsident de Gaulle zur Neuordnung des internationalen Währungssystems haben neben einer weitgehenden Ablehnung auch ein Rätselraten darüber ausgelöst, wie er sich die Rückkehr zum Goldstandard vorstellt. Nachdem von französischer Seite keine nähere Erläuterung gegeben wurde, muß man davon ausgehen, daß auch de Gaulle, wohl nicht an die Wiederherstellung des Goldstandards in der Form denkt, wie er bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 bestanden hatte. Damals war mit dem klassischen Goldstandard die Einlösepflicht der Notenbanken verbunden, sie mußten jede Banknote in Gold umtauschen. Eine Rückkehr zu dieser Form der Goldwährung wird auch de Gaulle nicht gemeint haben. Diese Zeit ist vorbei, die heutigen Probleme verlangen andere Lösungen. Ob allerdings das derzeitige Währungssystem ein Ideal darstellt, wird je länger je mehr in Zweifel gezogen. Für alle Reformer der westlichen Währungsordnung hat de Gaulle offene Türen eingeangelt. Deswegen darf man aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Die zur Zeit für die westlichen Länder gültige Währungsordnung beruht weitgehend auf den Beschlüssen von Bretton Woods im Jahr 1944, also noch zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Die Probleme, vor die man damals gestellt war, haben sich mittlerweile grundlegend geändert. Geblieben sind die beiden Leitwährungen Dollar und Pfund, über die auch die anderen Währungen in einem festen Verhältnis zum Gold stehen, und zwar auf der Basis von 35 Dollar je Unze Feingold. Daß dieser Preis schon lange Zeit nur künstlich gehalten wird, ist kein Geheimnis. Vor allem das amerikanische Schatzamt nimmt zu diesem Preis Gold auf. Eine Erhöhung des Goldpreises — wie sie auch de Gaulle vorschwebt — bedeutet aber nichts anderes als eine Abwertung des Dollar mit allen Konsequenzen für die anderen Währungen, nicht zuletzt auch für die D-Mark.

Mit seinem Vorschlag, den Dollar von seinem bisherigen Thron abzusetzen, mußte de Gaulle die Amerikaner an einer empfindlichen Stelle treffen, um so mehr als er damit die Stabilität des Dollar in Zweifel zieht und an dessen Stelle Gold setzen möchte. Vielleicht verfallt auch er dem alten Traum, daß Gold das Maß aller Dinge sei. Daß dem nicht so ist, haben die Erfahrungen verschiedener Inflationen gelehrt. Gold ist im Grunde genommen nur eine Ware, die einen gewissen Preis hat, der vor allem von den Herstellungskosten bestimmt wird. Wenn die Währungen jedoch in einem festen Verhältnis zum Gold stehen, dann kommt dem Goldpreis eine zentrale Bedeutung zu. Frankreich hat vor einiger Zeit die Konsequenzen daraus gezogen, als es begann, seine Dollarkonten systematisch in Gold umzuwandeln. Insofern unterstreicht jetzt die Gaulle das Vorgehen seiner Notenbank. Würde der Dollar abgewertet — wogegen sich Amerika mit allen Mitteln und zu Recht sträubt —, dann hätte Frankreich einen entsprechenden Aufwertungsgewinn für seine Goldbestände erzielt.

Solange die westliche Welt bei einem von Jahr zu Jahr steigenden Handelsaustausch auf immer größere Geldmengen angewiesen ist, um den Warenverkehr finanziell abwickeln zu können, solange können Dollar und Pfund als Leitwährungen nicht entbehrlich werden, die Goldproduktion der westlichen Welt ist einfach zu klein. Man könnte sich zwar vorstellen, daß neben Dollar und Pfund noch andere Währungen treten, um als Reserve gehalten zu werden, jedoch ergeben sich dafür dieselben Schwierigkeiten wie bisher. Der französische Franc bietet sich auch nicht alleine an, seine Stabilität ist ebenso wenig garantiert wie die zum Beispiel des Pfundes. Würde nur Gold zum Ausgleich im internationalen Zahlungsverkehr eingesetzt, wie de Gaulle vorschlug, so müßte dies zu einer weltweiten Deflation führen, was eine Schrumpfung des Welt-

(Fortsetzung Seite 2, Spalte 5)

Nasser droht mit Anerkennung

Bonn soll seine Waffenlieferungen an Israel einstellen

Kairo (DPA). Ägypten wird die Sowjetzone anerkennen, wenn die Bundesrepublik weiterhin Waffen an Israel liefert. Diese Erklärung soll Staatspräsident Nasser dem deutschen Botschafter Federer bei der Unterredung am letzten Sonntag gemacht haben, schrieb die Kairoer Zeitung „Al-Ahram“. Nasser habe Federer gesagt, daß die Waffenhilfe Bonns an Israel für die Araber „eine Frage auf Leben und Tod“ sei, in der sie „bis zum Äußersten gehen“ würden. Wie die Zeitung berichtete, hat Nasser dem deutschen Botschafter versichert, gegenwärtig sei noch keine Entscheidung über die Anerkennung Pankows gefallen. Die Bonner Aktionen könnten Kairo jedoch einen solchen Schritt aufzwingen.

Einzelheiten über den Verlauf der Unterredung veröffentlichte die dem Staatspräsidenten nahestehende Zeitung am Sonntag. Den Vorhaltungen des deutschen Botschafters, daß mit Ulbrichts Einladung ein Einbruch der Sowjetzone in die blockfreie Welt beginne, habe Nasser die Bonner Waffenhilfe für Israel entgegengehalten. Israel sei für die Araber „hunderte Male gefährlicher“ als die Sowjetzone für die Bundesrepublik. Nasser habe Federer außerdem um eine Definition des Begriffes Entwicklungshilfe gebeten. Von der Bundesrepublik erhalte Ägypten

lediglich Kredite, die voll zurückgezahlt werden. Wie die Zeitung berichtete, hat sich Nasser bei dem deutschen Botschafter darüber beschwert, daß eine derart ernste Angelegenheit wie die Waffenhilfe für Israel auf einer „Tee-Party“ zwischen Adenauer und Ben Gurion im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel ausgehandelt worden sei. „Und sie haben alles, was geschehen ist, als Geheimnis behandelt.“ fügte Nasser hinzu.

Mende: Auf Druck Moskaus

Berlin (DPA). Die Einladung Ulbrichts nach Kairo ist nach Ansicht Vizekanzler Mendes auf sowjetischen Druck zurückzuführen. Der Minister erklärte am Wochenende über den Sender RIAS, Kairo fürchte offensichtlich den Verlust sowjetischer Hilfeleistungen auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet. Um die sowjetischen Pressionen nicht einzugestehen, habe Kairo im Zusammenhang mit der Neuorientierung seiner Politik gegenüber Ost-Berlin die Frage der deutsch-israelischen Beziehungen in den Vordergrund geschoben, sagte Mende. Diese jedoch vor allem moralische Frage verpflichte das ganze Deutschland für die in der NS-Zeit an den Juden begangenen Verbrechen zur politischen wie materiellen Wiedergutmachung.

Falsche Leipziger Hoffnungen

SED warnt Zonenindustrie vor irreführender Werbung

Berlin (UPI). Vor leeren Versprechungen auf der Leipziger Frühjahrsmesse warnte am Wochenende die kommunistische „Berliner Zeitung“. Sie warf vor allem der Rundfunkgeräte-, Foto- und Möbellindustrie der Sowjetzone vor, während den vergangenen Messen Modelle angepriesen zu haben, die dann kaum oder nie in den Handel gekommen seien.

In einer „Marktinformation“ wies das Blatt darauf hin, daß die Leipziger Messe zwar eine Exportmesse sei, daß aber auch Hunderttausende Besucher aus der DDR durch die Ausstellungshallen gehen. „Wir möchten warnen, Hoffnungen zu erwecken, die nicht erfüllt werden können“ schrieb die Zeitung

an die Adresse der Sowjetzonen-Betriebe. „Es sind auf den letzten Messen nicht selten — und gerade auf der letzten Leipziger Frühjahrsmesse — von nicht wenigen Betrieben Versprechungen gemacht worden, die dann nicht gehalten wurden. Leider sind nicht eingehaltene Messeversprechungen keine Einzelfälle.“

Das Blatt wies darauf hin, daß der Handel jetzt die Staatsbetriebe für „falsche, übertriebene oder irreführende Werbung“ zur Rechenschaft ziehen könne. Die betroffenen Betriebe würden Strafe zahlen müssen. Die Zeitung erklärte: „Die neue Maßnahme wird sicher die ungeteilte Zustimmung der Bevölkerung finden.“

DER WETTERBERICHT

Im Bergland Schnee

Wetterlage: An der Ostflanke des nordostatlantischen Hochs hält die Zufuhr polarer Meeresluftmassen nach Deutschland an. Einzelne, eingelagerte Störungen führen in der Osthälfte und im Süden Deutschlands zu verbreitet auftretenden Schneefällen. In unserem Lande ist ihre Wetterwirksamkeit gering.

Aussichten bis Dienstag abend: Vielzahl auflockernde Bewölkung, nur vereinzelt leichter Niederschlag, im Bergland als Schnee. Temperaturen am Tage einige Grade über Null, nachts leichter, stellenweise mäßiger Frost. Schwacher Nordwestwind.